



Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	07.12.2017

TOP 5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

RV Hahnen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Er teilt mit, dass die Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.11.2017 (ursprünglich TOP 6) auf die nächste Ratssitzung verschoben werden müsse. Dadurch verschoben sich die folgenden Tagesordnungspunkte.

2. stellv. BM Ennen beantragt für seine Gruppe, TOP 6 – neu - (Bebauungsplan Nr. 30 „Am Kap“) von der Tagesordnung abzusetzen. Zur Begründung führt er weiteren Beratungsbedarf an. BM Ulrichs antwortet, dass über das Thema in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses diskutiert worden sei. Es habe sich in der Sitzung abgezeichnet, dass es heute eine Entscheidung geben könne.

Beschluss

TOP 6 - neu - (Bebauungsplan Nr. 30 „Am Kap“, 7. Änderung) soll von der Tagesordnung abgesetzt werden.

6 Stimme/n dafür

8 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

RV Hahnen teilt mit, dass damit der TOP auf der Tagesordnung bleibe.

RM Moroni beantragt, TOP 13 - neu - („Weiteres Vorgehen Unterschriftenaktion Bürgerinitiative Gartenstadt; ggf. Durchführung einer Einwohnerbefragung gemäß § 35 NKomVG“) von der Tagesordnung abzusetzen. Die Erörterung des Themas in dieser Sitzung halte er für rechtlich unzulässig. Hinsichtlich der Durchführung einer Einwohnerbefragung bedürfe es einer erneuten rechtlichen Prüfung insbesondere der Zulässigkeit durch den dafür zuständigen Verwaltungsausschuss. Der Verwaltungsausschuss habe mit Beschluss vom 18.11.2015 der Einleitung eines Verfahrens zur Neuaufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 60 „Gartenstadt“ zugestimmt. Damit habe die Stadt bekundet, dass sie dieses Vorhaben für die städtebauliche Entwicklung Norderneys für erforderlich halte. Der Verwaltungsausschuss habe in zwei Sitzungen (14.06.2017 und 29.11.2017) zwei Voten abgegeben, eine Einwohnerbefragung nicht durchzuführen. In seiner Sitzung vom 31.05.2017 habe der Verwaltungsausschuss die Durchführung eines Bürgerbegehrens für unzulässig erklärt. An diese Beschlüsse sei der Bürgermeister gebunden. Nach § 85 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG habe der Bürgermeister die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses einzuhalten und auszuführen. Er könne diese Beschlüsse nicht umgehen, indem er sie auf die Tagesordnung setze, um ggf. einen anderweitigen Beschluss des Rates herbeizuführen.

Man könne die Einreichung der Unterschriftenlisten umdeuten in einen Einwohnerantrag gem. § 31 NKomVG. Dieser Einwohnerantrag bedürfe der Schriftform. Einen solchen

schriftlichen Antrag gebe es nicht. Auch vor diesem Hintergrund dürfe heute vom Rat kein Beschluss gefasst werden. Darüber hinaus habe der Bürgermeister bei der Aufstellung der Tagesordnung nach seinen Informationen nicht das erforderliche Benehmen mit dem Ratsvorsitzenden eingeholt. Außerdem bedürfe es einer Prüfung der gesamten Unterschriftenliste durch den Verwaltungsausschuss.

BM Ulrichs antwortet, dass der Rat nach § 35 NKomVG für die Entscheidung über eine Einwohnerbefragung zuständig sei und nicht der Verwaltungsausschuss. Der Verwaltungsausschuss habe sich mit der Angelegenheit zweimal befasst. Er verstehe nicht die Befürchtungen von RM Moroni, denn die Ergebnisse seien in den Sitzungen deutlich gewesen und die Abstimmung könne heute auch im Sinne von RM Moroni laufen. Den Vorwurf, dass er an der Kommunalverfassung vorbei im eigenen Ermessen Zuständigkeiten begründe, halte er für „abenteuerlich“. Es seien mehr als 800 Unterschriften bei der Stadt eingereicht worden. Ein Bürgerbegehren sei nicht in Frage gekommen, und deshalb seien die Unterschriften gesammelt worden. Im Rathaus müsse überlegt werden, wie damit umzugehen sei. Etwas anderes sei heute Abend nicht gewollt. Dies sei eine freie Entscheidung des Rates. Die Prüfung der Unterschriftenlisten obliege der Verwaltung und nicht dem Verwaltungsausschuss. Das Ergebnis der Prüfung sei eindeutig. Es sei der Einwand vorgebracht worden, dass die Befragung in der Einwohnerschaft aufgrund unterschiedlicher Texte erfolgt sei. Es habe vorgefertigte Listen und Anzeigen in der örtlichen Presse gegeben, die ausgeschnitten und unterschrieben werden konnten. Es gebe allerdings für das Sammeln der Unterschriften kein formelles Verfahren. Deshalb habe man den unterschiedlichen Texten keine wesentliche Bedeutung beigemessen. Im Übrigen seien weniger als 20 Unterschriften aufgrund einer Zeitungsanzeige eingereicht worden. Der Rat müsse nur darüber entscheiden, wie man mit diesen Unterschriften umgehen wolle. Setze man den TOP heute ab, verschiebe man ein Problem.

RM Moroni entgegnet, dass der Vortrag des Bürgermeisters politisch opportun sei, jedoch mit dem Gesetz wenig zu tun habe. Die Unterschriftenliste müsse juristisch behandelt werden. Der Bürgermeister habe die Einwohnerbefragung auf die Tagesordnung gesetzt, obwohl der Verwaltungsausschuss eine solche schon abgelehnt habe. BM Ulrichs antwortet, dass es sich nur um Empfehlungsbeschlüsse des Verwaltungsausschusses gehandelt habe.

Beschluss

TOP 13 - neu - („Weiteres Vorgehen Unterschriftenaktion Bürgerinitiative Gartenstadt; ggf. Durchführung einer Einwohnerbefragung gemäß § 35 NKomVG“) soll von der Tagesordnung abgesetzt werden.

8 Stimme/n dafür

6 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

Damit wird TOP 13 von der Tagesordnung abgesetzt.